



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 19. Oktober bis 23. Oktober 2020

Zukunft der EU-Agrarpolitik

Debatte und Abstimmung über Pläne, die EU-Agrarpolitik nachhaltiger, widerstandsfähiger und flexibler zu gestalten, damit auch in Zukunft Ernährungssicherheit in der EU herrscht.

4

Prioritäten des Parlaments zum künftigen Gesetz über digitale Dienste

Die Forderungen der Abgeordneten, wie digitale Dienste reguliert werden sollen, einschließlich Online-Plattformen und -Marktplätze, stehen am Montag zur Debatte und Dienstag zur Abstimmung.

6

Parlament will Weg für erste EU-Vorschriften zur künstlichen Intelligenz ebnen

Die Abgeordneten werden darlegen, wie die EU die künstliche Intelligenz (KI) am besten regulieren kann, um Innovation, ethische Standards und Vertrauen in die Technologie zu fördern.

8

Europäische Kommission stellt ihr Arbeitsprogramm für 2021 vor

Am Dienstag ab 15:00 Uhr kommentieren die Abgeordneten das Arbeitsprogramm der Kommission für 2021.

10

EP-Präsident kündigt den Sacharow-Preisträger für 2020 an

Die Konferenz der Präsidenten des Parlaments (EP-Präsident Sassoli und Fraktionsvorsitzende) wird am Donnerstag den Gewinner des Sacharow-Preises für geistige Freiheit 2020 küren.

11

Bekämpfung von EU-getriebener weltweiter Entwaldung

Damit der Verbrauch in der EU nicht zu einer weltweiten Entwaldung führt, sollen verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen gelten, die bestimmte Rohstoffe in der EU in Umlauf bringen.

12

Corona: Abgeordnete wollen die digitale Kluft im Bereich Bildung schließen

Die Abgeordneten wollen von der Kommission Sofortmaßnahmen fordern, die jedem Schüler in der EU Zugang zu Wissen und Bildung auch bei künftigen Lock-Downs gewährleisten. 14

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 15

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2020-10-19>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Multimedia-Center](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[EP Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Pressereferentin

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ michaela.findeis@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1030

📱 (+49) 171 388 4775

✉ thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@europarl.europa.eu

🐦 [@EPinDeutschland](https://twitter.com/EPinDeutschland)

Huberta HEINZEL

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17201

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@europarl.europa.eu

Zukunft der EU-Agrarpolitik

Debatte und Abstimmung über Pläne, die EU-Agrarpolitik nachhaltiger, widerstandsfähiger und flexibler zu gestalten, damit auch in Zukunft Ernährungssicherheit in der EU herrscht.

Die Debatte ist für Dienstagvormittag angesetzt, und die Abstimmungen finden während der gesamten Woche statt.

Die Abgeordneten werden voraussichtlich einen Politikwechsel befürworten, um die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedsstaaten zuzuschneiden. Die nationalen Regierungen sollten Strategiepläne entwerfen, die angeben, wie sie die Ziele der EU vor Ort umsetzen wollen. Die Kommission würde die tatsächliche Leistung überprüfen, nicht nur die Einhaltung der EU-Vorschriften.

Ebenfalls Teil des Reformpakets sind Pläne zur Verbesserung verbindlicher klima- und umweltfreundlicher Bewirtschaftungsmethoden, die jeder Landwirt anwenden muss, um Direktzahlungen zu erhalten, sowie Pläne zur Aufstockung der finanziellen Unterstützung für Bewirtschaftungsmethoden, die Landwirte freiwillig anwenden können. Die Abgeordneten werden auch über Vorschläge abstimmen, die darauf abzielen, die Zahlungen an größere Betriebe zu kürzen und mehr Geld an kleinere Betriebe und Junglandwirte zu leiten, um ihnen bei der Bewältigung von Krisen zu helfen und die Vorschriften für die Durchführung von Kontrollen und Prüfungen zu vereinfachen.

Sobald das Parlament seine Position festgelegt hat, können die Abgeordneten Gespräche mit den EU-Ministern über das Reformpaket aufnehmen.

Hintergrund

Die letzte Reform der EU-Agrarpolitik, die 1962 eingeführt wurde, geht auf das Jahr 2013 zurück.

Die derzeitigen GAP-Regeln laufen am 31. Dezember 2020 aus. Sie können ab Januar 2021 durch [Übergangsregeln](#) ersetzt werden, falls bis dahin die laufende GAP-Reform noch nicht vereinbart und von Parlament und Rat gebilligt ist.

Die GAP macht [34,5% des EU-Haushalts 2020](#) (58,12 Milliarden Euro) aus. Rund 70% des GAP-Budgets [unterstützt das Einkommen von sechs bis sieben Millionen EU-Landwirtschaftsbetrieben](#).

Debatte: Dienstag, 20. Oktober

Abstimmung: Dienstag, 20. Oktober - Freitag, 23. Oktober

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Strategiepläne\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der GAP\)](#)

[Profil des Berichterstatters - Strategiepläne: Peter Jahr \(EVP, DE\)](#)

[Profil des Berichterstatters - Gemeinsame Marktorganisation: Eric Andrieu \(S&D, FR\)](#)

[Profil der Berichterstatterin - Horizontale Verordnung: Ulrike Müller \(RE, DE\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: Strategische Pläne der GAP \(Dezember 2018, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „CAP Amending Regulation“ \(Oktober 2019, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Horizontale Verordnung der GAP“ \(Juni 2019, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Towards the CAP beyond 2020 - comparing the reform package with the current regulations“ \(September 2018, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „The CAP beyond 2020: appraisal of the EC legislative proposals“ \(Oktober 2018, auf Englisch\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Prioritäten des Parlaments zum künftigen Gesetz über digitale Dienste

Die Forderungen der Abgeordneten, wie digitale Dienste reguliert werden sollen, einschließlich Online-Plattformen und -Marktplätze, stehen am Montag zur Debatte und Dienstag zur Abstimmung.

Mit dem geplanten Gesetz über digitale Dienste („Digital Services Act“, DSA) will die Europäische Union die digitale Wirtschaft nicht nur auf EU-Ebene gestalten, sondern wie beim Datenschutz auch für den Rest der Welt Maßstäbe setzen.

In zwei getrennten [Gesetzgebungsinitiativen](#) fordern der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und der Rechtsausschuss die Kommission auf, in ihrem DSA-Paket, das bis Ende des Jahres vorgelegt werden soll, derzeitige Mängel im Online-Umfeld anzugehen und zu beheben.

Beide Ausschüsse fordern einen verbindlichen Melde- und Abhilfemechanismus zur Bekämpfung illegaler Online-Inhalte. Die Abgeordneten des [Binnenmarktausschusses](#) wollen auch, dass Online-Marktplätze gesetzlich verpflichtet werden, transparent zu sein und Informationen mit den Nutzern zu teilen, unter anderem über unsichere Produkte, die online verkauft werden, strengere Regeln für den Verbraucherschutz und wirksame Maßnahmen zur Durchsetzung und Überwachung. Ebenfalls sollen besondere Vorschriften zur Verhinderung (statt nur zur Behebung) von Marktversagen, das durch große Plattformen verursacht wird, vorgelegt werden.

Der [Rechtsausschuss](#) fordert Rechtsklarheit für Plattformen und Garantien zum Schutz der Grundrechte der Nutzer, einschließlich des Rechts auf Einlegung eines Rechtsbehelfs und strengerer Regeln zur Bekämpfung schädlicher Inhalte wie Falschmeldungen (*fake news*). Die Abgeordneten verlangen auch, dass die Nutzer mehr Kontrolle bekommen über das, was sie online sehen (einschließlich der Möglichkeit, sich von der Kuratierung von Inhalten zu befreien), weniger aufdringliche gezielte Werbung, transparentere Datenerfassung und eine europäische Einrichtung zur Überwachung und Verhängung von Bußgeldern.

Eine dritte, nichtlegislative Entschliebung des [Ausschusses für bürgerliche Freiheiten](#) befasst sich mit Fragen der Grundrechte und fordert, dass die Entfernung von Inhalten "sorgfältig, verhältnismäßig und in nicht diskriminierender Weise" geschehen muss, um die Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die Privatsphäre und den Datenschutz zu gewährleisten. Die Abgeordneten weisen auch darauf hin, dass Mikrotargeting auf der Grundlage von Merkmalen, die physische oder psychologische Verwundbarkeiten offenbaren, problematisch ist, ebenso wie die Verbreitung von Hassreden und Desinformation, und fordern Transparenz

bei den Monetarisierungs-Strategien von Online-Plattformen.

Debatte: Montag, 19. Oktober

Abstimmung: Dienstag, 20. Oktober, Verkündung der Ergebnisse Mittwoch, 21. Oktober

Verfahren: Gesetzgebungsinitiativen (von IMCO und JURI, auf Grundlage von Artikel 47 der EP-Geschäftsordnung, und nichtlegislative Entschließung von LIBE)

Weitere Informationen

[Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - „Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarktes“](#)

[Profil des Berichterstatters des Binnenmarktausschusses, Alex Agius Saliba \(S&D, MT\)](#)

[Bericht des Rechtsausschusses](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - „Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen“](#)

[Profil des Berichterstatters des Rechtsausschusses, Tiemo Wölken \(S&D, DE\)](#)

[Bericht, Merkblatt zu den Verfahrensschritten und Berichterstatter des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres](#)

[Hintergrundinformationen zum Gesetz über digitale Dienste](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Parlament will Weg für erste EU-Vorschriften zur künstlichen Intelligenz ebnen

Die Abgeordneten werden darlegen, wie die EU die künstliche Intelligenz (KI) am besten regulieren kann, um Innovation, ethische Standards und Vertrauen in die Technologie zu fördern.

Die Debatte ist für Montag geplant, die Abstimmungen über zwei Gesetzgebungsinitiativen und einen weiteren Text für Dienstag.

Das Europäische Parlament gehört zu den ersten, die Empfehlungen dazu abgeben, was KI-Regeln in Bezug auf Ethik, Haftpflicht und Rechte des geistigen Eigentums beinhalten sollten, damit die EU bei der Entwicklung solcher Vorschriften weltweit führend werden kann. Ein Legislativvorschlag der Kommission wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres vorgelegt werden.

Der Bericht zur Gesetzesinitiative über ethische Aspekte unterstreicht, dass künftige Gesetze mehrere Leitprinzipien berücksichtigen sollten: Der Mensch muss im Mittelpunkt der Technologie stehen, und ebenfalls im Vordergrund die Bereiche Sicherheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht, Schutzmaßnahmen gegen Verzerrungen und Diskriminierungen, Anspruch auf Rechtsbehelfe, soziale und ökologische Verantwortung und die Achtung der Grundrechte.

Im Bericht zur Gesetzesinitiative über die zivilrechtliche Haftung wird gefordert, ein zukunftsorientiertes Rahmenwerk zur Haftpflicht zu verabschieden, das diejenigen, die risikoreiche künstliche Intelligenz betreiben, bei verursachten Schäden streng haftbar machen würde. Die Vorschriften sollten den Schutz von Leben, Gesundheit, körperlicher Unversehrtheit, Eigentum sowie vor erheblichen immateriellen Schäden abdecken, wenn sie zu "nachweisbaren wirtschaftlichen Verlusten" führen.

Der dritte Text fordert ein wirksames System für Rechte des geistigen Eigentums und Garantien für die Patentvorschriften der EU. Er befasst sich mit der Rechtspersönlichkeit, dem Urheberrecht, den Geschäftsgeheimnissen und dem Schutz der kreativen Arbeit, die KI verwendet, und von Werken, die durch KI erzeugt wurden.

Debatte: Montag, 19. Oktober

Abstimmung: Dienstag, 20. Oktober, Verkündung der Ergebnisse Mittwoch, 21. Oktober

Verfahren: Gesetzgebungsinitiativen (Ethik und zivilrechtliche Haftung) und nichtlegislative Entschließung (Rechte des geistigen Eigentums)

Weitere Informationen

[Entwurf eines Berichts über ein Rahmenwerk ethischer Aspekte der künstlichen Intelligenz, der Robotik und verwandter Technologien](#)

[Entwurf eines Berichts über das zivilrechtliche Haftungssystem für künstliche Intelligenz](#)

[Entwurf eines Berichts über geistige Eigentumsrechte für die Entwicklung von Technologien der künstlichen Intelligenz](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(01.10.2020\)](#)

[Pressekonzferenz nach der Abstimmung im Ausschuss \(01.10.2020\)](#)

[Studien zur künstlichen Intelligenz \(EP-Forschungsdienst\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Europäische Kommission stellt ihr Arbeitsprogramm für 2021 vor

Am Dienstag ab 15:00 Uhr kommentieren die Abgeordneten das Arbeitsprogramm der Kommission für 2021.

In der Folge der [Debatte über die Lage der Europäischen Union](#) mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 16. September wird die Kommission nun ihre Pläne vorstellen, um den Wiederaufbau angesichts der Coronakrise voranzutreiben und eine widerstandsfähige, kohlenstoffneutrale und digital fortschrittliche EU-Wirtschaft aufzubauen, in der niemand zurückgelassen wird.

In einem Brief an die Kommission hoben die Parlamentsausschüsse ihre Prioritäten hervor, bei denen sie von der Europäischen Kommission im Jahr 2021 Ergebnisse erwarten.

In ihrer [Absichtserklärung](#) (16.09.2020) an Parlamentspräsident David Sassoli und die deutsche Ratspräsidentschaft nannte von der Leyen zentrale Handlungsfelder für 2021. Der Brief markierte den Beginn des interinstitutionellen Dialogs über die Prioritäten für das nächste Jahr.

Debatte: Dienstag, 20. Oktober

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte (Runde von Fraktionsvertretern)

Weitere Informationen

[Lage der Union 2020](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Arbeitsprogramm der Kommission 2021](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "The von der Leyen Commission's six priorities: State of play in autumn 2020" \(auf Englisch\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

EP-Präsident kündigt den Sacharow-Preisträger für 2020 an

Die Konferenz der Präsidenten des Parlaments (EP-Präsident Sassoli und Fraktionsvorsitzende) wird am Donnerstag den Gewinner des Sacharow-Preises für geistige Freiheit 2020 küren.

Der Preisträger wird am Donnerstag um 12:00 Uhr vom Parlamentspräsidenten David Sassoli im Plenarsaal bekannt gegeben.

Die diesjährigen Finalisten sind:

- Die demokratische Opposition in Belarus, repräsentiert durch den Koordinierungsrat, eine Initiative von mutigen Frauen sowie Persönlichkeiten aus Politik und Zivilgesellschaft;
- Guapinol-Aktivistin und Berta Cáceres in Honduras;
- Najeeb Mikhael, Erzbischof von Mosul, Irak.

[Hier finden Sie weitere Informationen](#) über den Sacharow-Preis und alle [Nominierungen in diesem Jahr](#).

Weitere Informationen

[Pressemitteilung: "Sacharow-Preis 2020: Europaabgeordnete einigen sich auf Finalisten" \(12.10.2020\)](#)

[Audiovisuelles Paket: Erklärungen des AFET-Vorsitzenden David McAllister, des DEVE-Vorsitzenden Tomas Tobé und der DROI-Vorsitzenden Maria Arena zu den drei Finalisten für den Sacharow-Preis 2020](#)

[Gemeinschaft des Sacharow-Preises](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial - Sacharow-Preis 2020](#)

Bekämpfung von EU-getriebener weltweiter Entwaldung

Damit der Verbrauch in der EU nicht zu einer weltweiten Entwaldung führt, sollen verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen gelten, die bestimmte Rohstoffe in der EU in Umlauf bringen.

Es gibt derzeit keine EU-Gesetze, die das Inverkehrbringen von Produkten, die zur Zerstörung von Wäldern beitragen, auf dem europäischen Markt verbietet. Infolgedessen wissen auch Verbraucher nicht, ob die von ihnen gekauften Produkte zur Entwaldung beitragen.

Es ist zu erwarten, dass die Abgeordneten freiwillige Initiativen als unwirksam einstufen und deshalb die Kommission auffordern werden, eine EU-Gesetzgebung mit verbindlichen Maßnahmen vorzulegen. Dies soll es ermöglichen, die von der EU angetriebene globale Entwaldung aufzuhalten und umzukehren.

Der Gesetzgebungsinitiative betont, dass ein neuer EU-Rechtsrahmen mehr Transparenz und Rückverfolgbarkeit fördern und eine verbindliche Sorgfaltspflichten beinhalten sollte. Dies würde bedeuten, dass Unternehmen geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, um das Problem zu ermitteln, zu verhindern und zu mildern sowie Rechenschaft darüber abzulegen, wie sie diesem begegnen. Unternehmen, die Produkte auf den EU-Markt bringen, die von Rohstoffen stammen, die die Wälder und Ökosysteme gefährden, sollten mit Strafen belegt werden.

Hintergrund

Seit 1990 sind 1,3 Millionen km² Wald verloren gegangen – eine Fläche größer als Südafrika. Der Stopp und Rückgang der globalen Entwaldung wäre der Schlüssel zum Schutz der biologischen Vielfalt, zur Schaffung von Kohlenstoffsinken und zur nachhaltigen Unterstützung lokaler Gemeinschaften. Es wird geschätzt, dass der Verbrauch in der EU etwa 10 Prozent der weltweiten Entwaldung ausmacht, wobei Palmöl, Fleisch, Soja, Kakao, Eukalyptus, Mais, Holz, Leder und Gummi zu den Hauptverursachern der Entwaldung zählen.

Debatte: Mittwoch, 21. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, 22. Oktober

Verfahren: Verfahren für Gesetzgebungsinitiativen

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung des EP: „Green Deal: Intensivere Maßnahmen gegen die globale Entwaldung“ \(16.09.2020\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: Die Europäische Union und die Wälder](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Brasilien und der Amazonas-Regenwald - Entwaldung, biologische Vielfalt und Zusammenarbeit mit der EU und internationalen Foren“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „An EU legal framework to halt and reverse EU-driven global deforestation: European added value assessment“ \(auf Englisch\)](#)

Corona: Abgeordnete wollen die digitale Kluft im Bereich Bildung schließen

Die Abgeordneten wollen von der Kommission Sofortmaßnahmen fordern, die jedem Schüler in der EU Zugang zu Wissen und Bildung auch bei künftigen Lock-Downs gewährleisten.

Der Entschließungsantrag zur „Zukunft der europäischen Bildung im Kontext von Covid-19“ steht am Mittwoch zur Debatte und zur Abstimmung. Daraus geht hervor, dass bis zu 32 Prozent der Schüler in der EU während der Corona-Kontaktsperren keinen Zugang zu Bildung hatten, da es an digitaler Infrastruktur oder Ausrüstung mangelte. Während der Debatte könnten die Abgeordneten außerdem das kürzlich vorgeschlagene "[Bildungspaket](#)" der Kommission bewerten.

Die Abgeordneten beabsichtigen daher, sofortige Maßnahmen zur Behebung der gravierenden Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung zu fordern, die durch die Pandemie noch weiter verschärft wurden.

Aussprache: Mittwoch, 21. Oktober Abstimmung: Mittwoch, 21. Oktober Verfahren: Frage zur mündlichen Beantwortung, Entschließung

Weitere Informationen

[Entwurf eines Entschließungsantrags "Die Zukunft der europäischen Bildung im Kontext von Covid-19"](#).

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: „COVID-19 - MEPs call for measures to close the digital gap in education“ \(23.09.2020, auf Englisch\)](#)

[Profil der Berichterstatterin: Sabine Verheyen \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Debatte über die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 15.-16. Oktober, mit Ratspräsident Charles Michel, *Debatte Mittwoch*
- Gemeinsame Aussprache - Politik des Euro-Währungsgebiets 2020 (Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2020 - *Bericht: Joachim Schuster*; Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets 2020 - *Bericht: Klára Dobrev*), Debatte und Abstimmungen Mittwoch
- Maßnahmen der EU zur Milderung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Gesellschaft und Wirtschaft - Erklärungen des Rates und der Kommission, *Debatte Mittwoch*
- Empfehlung an den Rat, die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Beziehungen mit Belarus - *Bericht: Petras Auštrevičius, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Empfehlung an den VP/HR und den Rat zur Vorbereitung des im Jahr 2020 vorgesehenen Verfahrens zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV), zur nuklearen Rüstungskontrolle und zu Möglichkeiten der nuklearen Abrüstung - *Bericht: Sven Mikser, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik der EU - *Bericht: Ernest Urtasun, Debatte Donnerstag, Abstimmung Freitag*
- Entlastung 2018: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat - *Bericht: Tomáš Zdechovský, Abstimmung Dienstag*
- Verpflichtungen der Kommission im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Visumpflicht gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) 2018/1806, *Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Juan Fernando López Aguilar, Debatte Montag, Abstimmung Mittwoch*
- Debatte über Polizeigewalt in den EU-Ländern, *Debatte Dienstag*
- Verkauf der EU-Staatsbürgerschaft durch EU-Länder: *Debatte Donnerstag*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2020/001 ES/Galicia Schiffsbaunebenwirtschaftszweige - *Bericht: Valerie Hayer, Abstimmung Montag*
- Empfehlung an den Rat und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen und Sicherheitspolitik zu der Umsetzung und Steuerung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) - *Bericht: Radosław Sikorski, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Bericht über die Durchführung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Republik Moldau - *Bericht: Dragoș Tudorache, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*